

Antrag

der Abgeordneten Müller (Pleisweiler), Bachmaier, Dr. von Bülow, Dr. Emmerlich, Gansel, Jungmann (Wittmoldt), Dr. Scheer, Dr. Soell, Vosen, Wiefelspütz, Weiler, Dr. Vogel und der Fraktion der SPD

Keine Genehmigung für Waffenexporte in den Nahen und Mittleren Osten

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag bekräftigt seine Auffassung, daß aus der Bundesrepublik Deutschland keine Kriegswaffen und Rüstungsgüter in die Länder des Nahen und Mittleren Ostens geliefert werden sollen. Das gilt auch für den Export von Kriegswaffen und Rüstungsgütern über Drittländer und für Zulieferungen bei Rüstungsgütern und Kriegswaffen, die mit Verbündeten in Koproduktion hergestellt werden.

Die Bundesregierung wird deshalb aufgefordert, auch keine Genehmigung für Kriegswaffen und Rüstungsgüter zum Bau von U-Booten für Israel zu erteilen und im Rahmen ihrer Anteilsrechte auf das im öffentlichen Eigentum befindliche Unternehmen einzuwirken, seine Verhandlungen für dieses Rüstungsgeschäft nicht fortzusetzen.

2. Der Deutsche Bundestag respektiert das Recht aller Staaten des Nahen und Mittleren Ostens auf den Schutz ihrer legitimen Sicherheitsinteressen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, im Rahmen der EPZ darauf hinzuwirken, daß militärische Exporte anderer westeuropäischer Staaten in die Region von dem Verlauf eines Friedensprozesses abhängig gemacht und nicht durch exportpolitische Interessen der nationalen Rüstungsindustrien bestimmt werden.

Bonn, den 21. Juni 1989

Müller (Pleisweiler)
Bachmaier
Dr. von Bülow
Dr. Emmerlich
Gansel
Jungmann (Wittmoldt)

Dr. Scheer
Dr. Soell
Vosen
Wiefelspütz
Weiler
Dr. Vogel und Fraktion

